

... so sieht's die CDH

► Das (Oster-) Ei des Albig

Pünktlich zur Ferienzeit kommt in diesem unserem Lande mindestens ein Politiker auf das Ei des Kolumbus zur Finanzierung unserer maroden Straßeninfrastruktur. Dieses Jahr hat - besonders zeitig schon am Ostermontag - Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) ein Osterei gelegt. Er könne sich eine Maut für alle vorstellen, sagte er der Zeitung „Die Welt“. „Am Ende werden wir in irgendeiner Form alle Nutzer heranziehen müssen“, so Albig und „wir müssen den Bürgern dieses Landes klar sagen, dass wir ein zusätzliches nutzerfinanziertes System für den Erhalt unserer Infrastruktur benötigen.“

Ja geht's noch? Ministerpräsident Albig hat wohl vergessen, dass Deutschlands Autofahrer und LKW-Betreiber jährlich bereits nahezu 50 Milliarden Euro an Mineralöl- und Kfz-Steuer berappen. Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer auf Kraftstoff und Mineralölsteuer, also auch eine Steuer auf eine Steuer, genial, oder? Und die LKW-Maut kommt schließlich auch noch hinzu. Davon fließen pro Jahr bislang nur 15 bis 17 Milliarden Euro in die Straßeninfrastruktur, zu denen in den nächsten Jahren insgesamt weitere 5 Milliarden Euro kommen sollen, die die Regierungskoalition jetzt für den Erhalt der Straßen zusätzlich aufwenden will. Ministerpräsident Albig hat Recht, diese 5 Milliarden Euro als Tropfen auf den heißen Stein zu bezeichnen und er hat auch Recht, den zusätzlichen Bedarf auf 7 Milliarden Euro zu veranschlagen – pro Jahr!

Er ist aber auf dem Holzweg, dafür jetzt Deutschlands Autofahrer noch mehr zur Kasse bitten zu wollen. Die Rede ist von 100 Euro jährlich pro PKW. Das lehnt die CDH ab! Stattdessen fordert die CDH, aus den Einnahmen aus dem Verkehrssektor endlich genügend Mittel für den Erhalt und, wo notwendig, für den Ausbau des Straßennetzes bereitzustellen. Dieses Geld muss an anderen Stellen in den öffentlichen Haushalten eingespart werden. Aber auf diese Idee kommt nie ein Politiker. Nicht einmal zur Ferienzeit.

Außerdem fordert die CDH Konsequenzen aus einem aktuellen Gutachten des Bundesrechnungshofs zu ziehen. Danach verschwenden Bund und Länder Unsummen an Steuergeldern im Verkehrssektor durch Fehlplanung und Missmanagement. Die CDH fordert von der Politik, diesen Schatz zu heben und endlich dafür zu sorgen, dass die vom Bundesrechnungshof festgestellte Verschwendung aufhört. Das ist sicher mühsam, weit mühsamer als Ostereier, wie das von Ministerpräsident Albig, auszubrüten.

Berlin, 24.4.2014